



GESICHTSERKENNUNG
STOPPEN

Bündnis «Gesichtserkennung stoppen»

c/o Amnesty International
Schweizer Sektion
Speichergasse 33
3001 Bern

220743

Herr Regierungspräsident
Beat Jans
Marktplatz 9
4001 Basel

<input checked="" type="checkbox"/> von DV	<input type="checkbox"/> von GS	Visum DV
Federführung Erl.: STK		
PD	23. Mai 2022	Frist:
<input type="checkbox"/> Erl. via DV	<input type="checkbox"/> Eing. Bestät.	z. K. an:
<input type="checkbox"/> Erl. via GS	<input type="checkbox"/> Kopien an:	
<input checked="" type="checkbox"/> direkte Erl.		
<input type="checkbox"/> zum Bericht		

Bern, 9. Mai 2022 → erhalten 23.5.22!

Petition für ein Verbot von automatischer Gesichtserkennung in Basel

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Beat Jans

Mit diesem Brief überreichen wir Ihnen unsere Petition, mit der mehr als 10'000 Menschen ein Verbot von automatischer Gesichtserkennung im öffentlich zugänglichen Raum von Schweizer Städten fordern. Gesammelt wurde die Petition vom Bündnis «Gesichtserkennung stoppen».

Die vielfältigen Möglichkeiten, die sich aus dem Einsatz neuer Technologien ergeben, prägen die Agenden vieler Städte und beschäftigen vermutlich auch Sie auf die eine oder andere Weise. Die Liste der Anwendungen, die eine effizientere, ökologisch nachhaltigere, sicherere und insgesamt lebenswertere Stadt versprechen, ist lange. Neben den vielen potenziellen Gewinnen aus der Nutzung neuer Technologien, gilt es aber auch die Augen vor den Risiken und Gefahren bestimmter Technologien nicht zu verschliessen: **Anwendungen, die die Menschenrechte untergraben und unsere Freiheit in Frage stellen, haben keinen Platz auf der Modernisierungsagenda und dürfen sich nicht auf der Liste zu beschaffender Systeme wiederfinden.**

Die Aufgabe einer kommunalen Regierung (bzw. im Falle von Basel-Stadt: der kantonalen Regierung) ist es, dort Grenzen zu setzen, Gefahren mit klaren Verboten abzuwenden und so die Bevölkerung in zu schützen. **Der Einsatz automatischer Gesichtserkennung zur Identifizierung ist ohne Zweifel ein solcher Fall, denn er verletzt die Privatsphäre und hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Rechte auf Versammlungs- und**



GESICHTSERKENNUNG
STOPPEN

Meinungsfreiheit. Einschränkungen, die geeignet sind, die Funktion unserer Städte als Orte des freien Zusammenlebens und der Demokratie zu untergraben, und die völlig ausser Verhältnis zu jeglichem potentiellen Nutzen stehen.

Trotzdem weitet sich der Einsatz automatisierter Gesichtserkennung zunehmend aus. **Eine Entwicklung hin zur Massenüberwachung, die vielen Menschen in der Bevölkerung grosse Sorgen bereitet.** Darum hat sich das Bündnis «Gesichtserkennung stoppen» gebildet, bestehend aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen AlgorithmWatch Schweiz, Amnesty International Schweiz und Digitale Gesellschaft. Zwischen November 2021 und März 2022 haben wir mittels einer **Petition über 10'000 Unterschriften** von Menschen gesammelt, die ein Verbot der automatischen Gesichtserkennung und anderer biometrischer Überwachungssysteme im öffentlich zugänglichen Raum der Schweizer Städte fordern.

Zusammen appellieren wir an Sie: **Schieben Sie dieser bedrohlichen Entwicklung einen Riegel vor und verbieten sie den Einsatz automatischer Gesichtserkennungssysteme und anderer biometrischer Überwachungssysteme.** Nehmen sie Ihre Verantwortung für den Schutz der Grundrechte der Menschen in Ihrem Kanton wahr, indem sie sicherstellen, dass Gesichtserkennung und andere Formen der biometrischen Überwachung in Basel nicht zum Einsatz kommen.

Anbei senden wir Ihnen die Liste aller Unterzeichner*innen sowie als weiterführende Information unser Positionspapier zur biometrischen Überwachung.

Besten Dank für die Aufnahme unserer Forderung.

Freundliche Grüsse für das Bündnis «Gesichtserkennung stoppen»

Dr. des. Angela Müller
Senior Policy & Advocacy Managerin
AlgorithmWatch Schweiz

Lukas Hafner
Experte für Technologie und
Menschenrechte
Amnesty International Schweiz

Erik Schönenberger
Geschäftsleiter
Digitale Gesellschaft

